

# Betreuungsrecht kompakt

Brosey / Lesting / Loer / Marschner

9. Auflage 2022  
ISBN 978-3-406-77543-7  
C.H.BECK

schnell und portofrei erhältlich bei  
[beck-shop.de](https://beck-shop.de)

Die Online-Fachbuchhandlung [beck-shop.de](https://beck-shop.de) steht für Kompetenz aus Tradition. Sie gründet auf über 250 Jahre juristische Fachbuch-Erfahrung durch die Verlage C.H.BECK und Franz Vahlen. [beck-shop.de](https://beck-shop.de) hält Fachinformationen in allen gängigen Medienformaten bereit: über 12 Millionen Bücher, eBooks, Loseblattwerke, Zeitschriften, DVDs, Online-Datenbanken und Seminare. Besonders geschätzt wird [beck-shop.de](https://beck-shop.de) für sein umfassendes Spezialsortiment im Bereich Recht, Steuern und Wirtschaft mit rund 700.000 lieferbaren Fachbuchtiteln.

Betreuungsrecht  
kompakt

The logo for beck-shop.de features three orange circles of varying sizes arranged in a slight arc above the 'i' in 'shop'.  
**beck-shop.de**  
DIE FACHBUCHHANDLUNG

**beck-shop.de**  
DIE FACHBUCHHANDLUNG

# Betreuungsrecht kompakt

Systematische Darstellung  
des gesamten Betreuungsrechts

Von

Prof. Dr. Dagmar Brosey

Dr. Wolfgang Lesting

Annette Loer

Dr. Rolf Marschner

**beck-shop.de**  
9. Auflage 2022  
DIE FACHBUCHHANDLUNG



Zitiervorschlag:  
Brosey/Lesting/Loer/Marschner *BetreuungsR* Rn. ...

**beck-shop.de**  
DIE FACHBUCHHANDLUNG

**[www.beck.de](http://www.beck.de)**

ISBN 978 3 406 77543 7

© 2022 Verlag C.H. Beck oHG  
Wilhelmstraße 9, 80801 München  
Druck, Bindung und Umschlaggestaltung:  
Druckerei C.H. Beck, Nördlingen  
(Adresse wie Verlag)

Satz: Textservice Zink, 74869 Schwarzach



[chbeck.de/nachhaltig](http://chbeck.de/nachhaltig)

Gedruckt auf säurefreiem, alterungsbeständigem Papier  
(hergestellt aus chlorfrei gebleichtem Zellstoff)

## Vorwort zur 9. Auflage

Mit der 9. Auflage unserer bewährten kompakten Darstellung des Betreuungsrechts werden die mit dem Gesetz zur Reform des Vormundschafts- und Betreuungsrechts vom 4.5.2021 erfolgten Änderungen des Betreuungsrechts zum 1.1.2023 vollständig eingearbeitet. Mit diesen Änderungen werden nicht nur die Vorschriften im Familienrecht des BGB neu nummeriert und strukturiert. Vielmehr wird auch das Ziel verfolgt, das Selbstbestimmungsrecht und das Erforderlichkeitsprinzip zu stärken. Daher wird ausdrücklicher als im bisherigen Betreuungsrecht der Wille und der Wunsch der Betroffenen zum zentralen Maßstab des Handelns der Betreuerinnen und Betreuer sowie aller anderen Akteure des Betreuungsrechts gemacht. Damit werden die Vorgaben des Art. 12 der UN-Behindertenrechtskonvention im Betreuungsrecht umgesetzt. Mit dem Betreuungsorganisationsgesetz (BtOG) werden alle öffentlich-rechtlichen Vorschriften des Betreuungsrechts in einem neuen Gesetz zusammengefasst. In diesem Gesetz sind erstmals die Registrierung und der Nachweis einer ausreichenden Sachkunde als Voraussetzung der Tätigkeit beruflicher Betreuerinnen und Betreuer geregelt.

Aus unserem Team ist Dr. Andreas Jürgens ausgeschieden, weil er sich beruflich anderen Aufgaben widmet. Er hat seit der 1. Auflage maßgeblich zu dem Erfolg unseres Werks beitragen, wofür ihm Verlag und die übrigen Autorinnen und Autoren danken. Zugleich begrüßen wir Frau Prof. Dr. Dagmar Brosey im Kreis der Autorinnen und Autoren.

Mit der vorliegenden systematischen Darstellung wollen wir alle Akteure, unabhängig ihres fachlichen Hintergrunds, in die gesetzlichen Regelungen, Ziele und Anliegen des Betreuungsrechts einführen. Wir haben uns bemüht, kompakt das Wichtigste zu erfassen, aber auch in der Praxis häufiger auftauchende Probleme zu erörtern. Rechtsprechung und Literatur konnten bis März 2022 berücksichtigt werden.

Köln, Oldenburg, Hannover, München, im Mai 2022

**beck-shop.de**  
DIE FACHBUCHHANDLUNG

# Inhalt

Vorwort zur 9. Auflage .....	V
Bearbeiterinnen und Bearbeiter .....	XIII
Abkürzungen .....	XV
Literatur .....	XIX

## A. Einleitung

### B. Voraussetzungen der Betreuerbestellung

<b>I. Betreuungsbedarf – Nichtbesorgenkönnen seiner Angelegenheiten</b> .....	13
<b>II. Vorliegen einer Krankheit oder Behinderung</b> .....	16
1. Krankheiten .....	19
2. Behinderungen .....	20
3. Körperliche Behinderungen .....	21
<b>III. Kausalität</b> .....	22
<b>IV. Veto durch Vorrang des freien Willens</b> .....	22
<b>V. Erforderlichkeit und Subsidiarität der Betreuerbestellung</b> .....	24
1. Unterstützung und gesetzliche Vertretung .....	26
2. Ehegatten-Notvertretungsrecht in Gesundheitsangelegenheiten .....	27
3. Vollmacht .....	28
4. Andere Hilfen .....	31

### C. Umfang der Betreuerbestellung und die Auswahl des Betreuers

<b>I. Umfang des Aufgabenkreises</b> .....	35
1. Folgen des Aufgabenkreises .....	36
2. Unzulässige Aufgabenbereiche .....	37
3. Flexibilität, Bedarfsorientierung und Praktikabilität .....	38
4. Einzelbeispiele von Aufgabenbereichen .....	39
5. Kritische Aufgabenbereiche .....	41
6. Aufgabenbereich: Kontrolle .....	43
<b>II. Auswahl des geeigneten Betreuers</b> .....	45
1. Wunsch .....	46
2. Eignung .....	48
3. Persönlicher Kontakt .....	50
4. Ungeeignete Personen .....	50
5. Besondere Anforderungen an Betreuer .....	51
<b>III. Verhinderungs- und Ergänzungsbetreuer</b> .....	53
1. Tatsächliche Verhinderung .....	53
2. Rechtliche Verhinderung .....	54
3. Betreuung durch Betreuungsverein oder Betreuungsbehörde .....	55
4. Verpflichtung zur Übernahme .....	55
<b>IV. Voraussetzungen für die Anordnung eines Einwilligungsvorbehalts</b> .....	56



## Inhalt

<b>D. Änderungen und Ende der Betreuerbestellung</b>	
<b>I. Aufhebung und Änderung der Betreuerbestellung</b>	61
<b>II. Entlassung des Betreuers</b>	63
<b>III. Ende und Abwicklung der Betreuung</b>	67
<b>E. Die Wahrnehmung der Aufgaben durch den Betreuer</b>	
<b>I. Unterstützung bei der Ausübung der rechtlichen Handlungsfähigkeit</b>	69
<b>II. Maßgebliche Pflichten des Betreuers</b>	70
1. Allgemeines	70
2. Erforderlichkeitsgrundsatz	71
3. Wunschbefolgung	73
4. Schutz vor Selbstgefährdung	77
5. Mutmaßlicher Wille	79
6. Zumutbarkeit	80
7. Kontakt- und Besprechungspflicht	81
8. Rehabilitationsgrundsatz	82
<b>III. Rechtsgeschäftliches Handeln</b>	82
1. Der Betreuer als gesetzlicher Vertreter des Betreuten	83
a) Umfassende Vertretungsmacht des Betreuers	83
b) Grenzen der Vertretungsmacht – geschäftsähnliche Handlungen	85
c) Einschränkungen der Vertretungsmacht	85
d) Vertretung im Zivilprozess und anderen Verwaltungs- oder Sozialverfahren	86
e) Vertretung im Strafverfahren	88
2. Betreuerhandeln bei angeordnetem Einwilligungsvorbehalt	89
a) Die Einwilligung des Betreuers	89
b) Die Folgen fehlender Einwilligung	90
c) Einwilligungsfreie Willenserklärungen	91
<b>IV. Aufgaben der Personensorge</b>	92
1. Überblick – Allgemeines	92
2. Gesundheitssorge – Heilbehandlung, Untersuchung, ärztlicher Eingriff	93
a) Allgemeines	93
b) Entscheidungsgrundlage für den Betreuer	95
c) Aufgabe des Betreuers	96
3. Patientenverfügung	100
4. Genehmigungspflichtige Entscheidungen nach § 1829 BGB	103
5. Sterilisation	105
6. Schutz der Wohnung als Lebensmittelpunkt	107
7. Umgangsrecht	111
<b>V. Aufgaben der Vermögenssorge</b>	112
<b>F. Sonstige Rechte und Pflichten des Betreuers</b>	
<b>I. Haftung des Betreuers</b>	117
1. Haftung gegenüber dem Betreuten	117
a) Haftung für Pflichtverletzung bei der Betreuungsführung	117
b) Haftung bei Vereins- und Behördenbetreuung	122
2. Haftung gegenüber Dritten	123
a) Haftung wegen Aufsichtspflichtverletzung	123
b) Haftung bei rechtsgeschäftlichem Handeln	123

## Inhalt

3. Absicherung durch Haftpflichtversicherung	124
4. Haftung des Betreuers aus öffentlich-rechtlichen Vorschriften	125
<b>II. Vergütung und Aufwendungsersatz</b>	125
1. Überblick	125
2. Aufwendungsersatzanspruch	126
a) Ersatzfähige Aufwendungen	126
b) Berufliche Dienste	129
c) Aufwandspauschale	130
d) Ausschlussfrist für Geltendmachung der Ansprüche	131
3. Vergütungsanspruch für berufliche Betreuer	133
a) Voraussetzungen der Vergütung	133
b) Fallpauschalen	133
c) Vergütung in Sonderfällen	145
d) Für die Führung der Betreuung nutzbare Kenntnisse	145
4. Einzelvergütung	147
5. Eintritt der Staatskasse bei Mittellosigkeit	148
a) Mittellosigkeit	148
b) Einzusetzendes Vermögen	148
c) Forderungsübergang zu Gunsten der Staatskasse	151
6. Verfahren bei Aufwendungsersatz und Vergütung	152
7. Vergütung für Vereinsbetreuer, Betreuungsvereine, Behördenbetreuer und Betreuungsbehörde	153
<b>III. Fürsorge und Aufsicht durch das Betreuungsgericht</b>	154
1. Die Aufgaben des Betreuungsgerichts	154
2. Informationspflicht des Betreuers – Berichte	156
a) Persönliche Verhältnisse des Betreuten	156
b) Vermögensverhältnisse des Betreuten	157
<b>G. Das gerichtliche Verfahren in Betreuungssachen</b>	
<b>I. Überblick</b>	159
<b>II. Zuständigkeit</b>	159
1. Sachliche Zuständigkeit	160
2. Örtliche Zuständigkeit	160
3. Internationale Zuständigkeit	162
4. Funktionelle Zuständigkeit	163
<b>III. Verfahrensablauf</b>	164
1. Verfahrenseinleitung	164
2. Weiterer Verfahrensverlauf	165
3. Verfahrensende	166
<b>IV. Beteiligte</b>	166
1. Muss-Beteiligte kraft Gesetzes	167
2. Kann-Beteiligte kraft Hinzuziehung	167
3. Rechte und Pflichten der Beteiligten	168
<b>V. Rechtsstellung des Betroffenen</b>	169
1. Verfahrensfähigkeit	169
2. Rechte des Betroffenen	170
<b>VI. Stellung und Aufgaben des Verfahrenspflegers</b>	172
<b>VII. Anhörung der Betreuungsbehörde</b>	177
<b>VIII. Gutachten und ärztliches Zeugnis</b>	178
1. Überblick	178
2. Gutachten	178

## Inhalt

3. Ärztliche Gutachten des Medizinischen Dienstes	184
4. Ärztliches Zeugnis	184
5. Zwangsmittel	185
<b>IX. Anhörung des Betroffenen</b>	187
1. Überblick	187
2. Vorbereitung der Anhörung	188
3. Durchführung der Anhörung	189
a) Persönliche Anhörung in der üblichen Umgebung	189
b) Inhalt der Anhörung	190
c) Anwesenheit Dritter bei der Anhörung	191
d) Anhörung im Wege der Rechtshilfe	191
e) Weitere Anhörung	192
f) Vorführung des Betroffenen	192
g) Unterbleiben der persönlichen Anhörung	193
<b>X. Sonstige Ermittlungen</b>	194
1. Amtsermittlung	194
2. Anhörung nahestehender Personen	195
<b>XI. Das Verfahren der Betreuerauswahl</b>	196
<b>XII. Die Entscheidung des Betreuungsgerichts</b>	197
1. Inhalt der Entscheidung	197
2. Bekanntgabe	199
3. Eintritt der Wirksamkeit	200
<b>XIII. Beratung und Verpflichtung des Betreuers</b>	201
<b>XIV. Gerichtliche Genehmigungen</b>	203
1. Überblick	203
2. Genehmigung des Betreuungsgerichts bei ärztlichen Maßnahmen	204
a) Untersuchung, Heilbehandlung oder ärztlicher Eingriff	204
b) Abbruch lebenserhaltender Maßnahmen	205
3. Sterilisation	206
<b>XV. Einstweilige Maßnahmen</b>	207
1. Einstweilige Anordnung	208
a) Voraussetzungen	208
b) Gerichtliche Entscheidung	209
c) Dauer	210
2. Einstweilige Anordnung bei gesteigerter Dringlichkeit	210
<b>XVI. Rechtsmittelverfahren</b>	210
1. Beschwerdeberechtigte	211
a) Betroffener	212
b) Verfahrenspfleger	212
c) Betreuer und Vorsorgebevollmächtigter	212
d) Nahe Angehörige und Vertrauenspersonen	213
e) Nicht beteiligte Dritte	214
f) Betreuungsbehörde	214
g) Staatskasse	214
2. Einlegung und Begründung der Beschwerde	215
3. Das Beschwerdeverfahren	216
4. Die Beschwerdeentscheidung	219
5. Die Rechtsbeschwerde	220
<b>XVII. Änderungs-, Aufhebungs- und Verlängerungsverfahren</b>	221
1. Erweiterung	221
2. Aufhebung und Einschränkung	222

## Inhalt

3. Bestellung eines weiteren Betreuers	224
4. Verlängerung	224
5. Entlassung des Betreuers und Bestellung eines neuen Betreuers	226
<b>XVIII. Mitteilungen und Akteneinsichtsrecht</b>	<b>226</b>
1. Mitteilungen	226
a) Allgemeine Mitteilungspflichten	227
b) Mitteilungen an die Meldebehörde	228
c) Mitteilungen an die Betreuungsbehörde	228
d) Mitteilungen zur Strafverfolgung	228
2. Akteneinsichtsrecht	228
<b>H. Unterbringung und Unterbringungsverfahren</b>	
<b>I. Gesetzgebungsgeschichte</b>	<b>231</b>
1. Verfassungsrechtliche und völkerrechtliche Vorgaben	231
2. Betroffener Personenkreis und statistische Bedeutung	233
3. Zielsetzung des Gesetzgebers	234
<b>II. Materiell-rechtliche Voraussetzungen der Unterbringung</b>	<b>235</b>
1. Der Begriff der Freiheitsentziehung	235
2. Unterbringung	238
a) Allgemeines	238
b) Selbstgefährdung	241
c) Notwendige Heilbehandlung	243
3. Freiheitsentziehende Maßnahmen	245
a) Anwendungsbereich	246
b) Materiell-rechtliche Voraussetzungen	249
4. Ärztliche Zwangsmaßnahmen	250
a) Anwendungsbereich	251
b) Voraussetzungen der Einwilligung	252
<b>III. Das Unterbringungsverfahren</b>	<b>254</b>
1. Anwendungsbereich	254
2. Zuständigkeit	256
a) Sachliche Zuständigkeit	256
b) Örtliche Zuständigkeit	256
c) Internationale Zuständigkeit	257
3. Beteiligte	257
4. Verfahrensfähigkeit	258
5. Verfahrenspfleger, Rechtsbeistand	258
6. Rechtliches Gehör	260
7. Sachverständigengutachten	261
a) Sachverständigengutachten bei Unterbringung	261
b) Sachverständigengutachten bei ärztlichen Zwangsmaßnahmen	263
c) Sachverständigengutachten bei freiheitsentziehenden Maßnahmen	263
8. Vorführung, Unterbringung zur Begutachtung	264
9. Die gerichtliche Unterbringungsentscheidung	264
a) Zivilrechtliche Unterbringung	264
b) Öffentlich-rechtliche Unterbringung	265
c) Inhalt der Entscheidung	265
d) Bekanntgabe der Entscheidung	266
e) Wirksamkeit der Entscheidung	266
f) Mitteilung von Entscheidungen	267
10. Vorläufige Unterbringungsmaßnahmen	267
a) Einstweilige Anordnung	267

## Inhalt

b) Unterbringung durch das Gericht nach § 1867 BGB	270
11. Das Rechtsmittelverfahren	272
a) Art des Rechtsmittels	272
b) Einlegung der Beschwerde	273
c) Beschwerdeberechtigung	273
d) Beschwerdeverfahren	274
12. Gewalt bei der Zuführung zur Unterbringung	274
a) Gerichtlich angeordnete Vorführungen	274
b) Zuführung zur Unterbringung	274
13. Beendigung und Verlängerung der Unterbringung	275
a) Beendigung durch Fristablauf	275
b) Verlängerung der Unterbringung	275
c) Beendigung vor Fristablauf	276
<b>IV. Vollzug der Unterbringung und Rechtsschutz im Vollzug</b>	<b>278</b>
1. Begriffsbestimmung	278
2. Vollzug der öffentlich-rechtlichen Unterbringung	279
3. Vollzug der zivilrechtlichen Unterbringung	279
4. Vollzug der Unterbringung nach § 1867 BGB	281
5. Rechtsschutz im Vollzug	281
a) Öffentlich-rechtliche Unterbringung	281
b) Zivilrechtliche Unterbringung	282
<b>I. Kosten in Betreuungs- und Unterbringungssachen</b>	
<b>I. Grundsätze</b>	283
<b>II. Gerichtskosten</b>	283
<b>III. Außergerichtliche Auslagen</b>	284
<b>J. Betreuungsbehörden und Betreuungsvereine</b>	
<b>I. Betreuungsbehörden</b>	287
1. Vorbemerkung	287
2. Zuständigkeit der Betreuungsbehörde	288
a) Behördenaufbau	288
b) Örtliche Zuständigkeit	288
3. Aufgaben der Betreuungsbehörde	289
a) Überblick über den Aufgabenbereich	289
b) Datenschutz	289
c) Beratung, Unterstützung, Fortbildung	290
d) Mitteilung an das Betreuungsgericht	292
e) Unterstützung des Betreuungsgerichts	293
f) Registrierung beruflicher Betreuer	294
<b>II. Betreuungsvereine</b>	296
1. Anerkennung der Betreuungsvereine	296
a) Die Voraussetzungen der Anerkennung	297
b) Formelles Anerkennungsrecht	299
2. Aufgaben der anerkannten Betreuungsvereine	300
a) Aufgaben der anerkannten Betreuungsvereine kraft Gesetzes	300
b) Aufgaben der anerkannten Betreuungsvereine kraft gerichtlicher Bestellung	302
3. Datenschutz – Verarbeitung personenbezogener Daten durch den Verein und Vereinsbetreuer	302
Sachverzeichnis	305